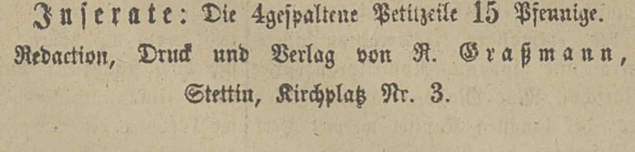
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 5. Oktober 1878. **Nr. 466.**

Deutschland.

** **Berlin**, 4. Oktober. Es sind Zweifel geäußert worden, ob bei dem Erlaß von Polizei-Verordnungen für den Betrieb von Grubeneisenbahnen, bei welchem die Betriebsaufsicht von den Bergbehörden in Gemeinschaft mit den Landespolizeibehörden wahrzunehmen ist, im Geltungsbereich der Kreisordnung von 1872 neben dem zuständigen Oberbergamt auch noch die königlichen Regierungen mitzuwirken haben. Die Minister des Innern und des Handels haben in Folge dieser Zweifel an die Oberbergämter verfügt, daß die königlichen Regierungen nicht mehr als zuständig angesehen werden können, weil die Befugniß derselben zum Erlaß von Polizeiverordnungen durch die Provinzial-Ordnung von 1875 aufgehoben ist. An ihre Stelle treten diejenigen Behörden, auf welche die Kompetenz zum Erlaß von Polizeivorschriften in Folge der Provinzialordnung und der damit zusammenhängenden Gesetze übergegangen ist.

Die Mittheilungen über die Wiedervorlegung verschiedener noch nicht zur Erledigung gelangter Gesetzentwürfe im nächsten Landtage dürften mit Vorsicht aufzunehmen sein. Irgend Beschlüsse darüber liegen noch nicht vor. Im Allgemeinen wird man davon ausgehen müssen, daß die bevorstehende Session, abgesehen von dem Staatshaushalte und der sich daran knüpfenden Fragen, vornehmlich der Vereinbarung über die zahlreichen Gesetzentwürfe aus der Justizverwaltung gewidmet sein wird, deren Feststellung größtentheils zur Durchführung der Justiz-Organisation bis zum 1. Oktober 1879 nothwendig ist. Neben diesen Arbeiten werden legislative Aufgaben von größerem Umfang schwerlich zu bewältigen sein.

In Bezug auf die Anwesenheit des kronprinzlichen Paares bei der Einschiffung des Prinzen Heinrich ist jetzt bestimmt worden, daß die Abfahrt von Berlin nächsten Sonntag Mittag und die Ankunft in Kiel am Montag früh erfolgen soll. An Bord des „Prinz Adalbert" wird ein Frühstück eingenommen und darauf Nachmittags die Rückfahrt nach Berlin angetreten werden. Der Chef der Admiralität wird bereits am Sonntag in Kiel aus Oestrich eingetroffen sein und hinterher einige Tage in Kiel bleiben, um die „Elisabeth" zu inspiziren, welche am 8. Oktober in Kiel eintreffen wird.

Mit dem 1. Oktober hat die Marine-Akademie in Kiel ihre Thätigkeit wieder begonnen. Zum Besuch derselben und der Schule sind die Offiziere für den 3., 2. und 1. Cötus Seitens der Admiralität kommandirt worden.

Der preußische Beamtenverein beabsichtigt, einen Kongreß von Delegirten der Lokalausschüsse demnächst nach Hannover zu berufen. Die definitive Bestimmung des Termines wird am 11. d. Mts. erfolgen.

Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten und der frühere Handelsminister hatten im Herbst vorigen Jahres dem Ingenieur Hansding eine Subvention aus Staatsmitteln zu einer Instruktionsreise in die Moorbezirke Süddeutschlands und Oesterreichs bewilligt. In den soeben erschienenen Heften 4 und 5 der „Landwirthschaftlichen Jahrbücher", welche Zeitschrift zugleich als Archiv des Landes-Oekonomie-Kollegiums dient, ist der von Hansding erstattete Bericht zur allgemeinen Kenntniß gebracht worden.

Berlin, 4. Oktober. Am Mittwoch Abend fanden sich, wie die „Voss. Ztg." mittheilt, durch eine Anzahl von hiesigen Tabaks- und Cigarrenhändlern per Cirkular eingeladen, etwa 50 Tabaks-Interessenten im Saale des Hotel Janson zusammen, um sich über die Stellung zu besprechen, welche sie zu den Steuerprojekten der Regierung einnehmen wollen. Es mag wohl, nach dem Eindruck, welchen die Verhandlungen machten, die Absicht vorgewaltet haben, daß die Versammlung sich in ganz formeller Weise über die Abfindungssumme aussprechen solle, welche die Regierung bei Einführung des Monopols den Interessenten zahlen soll, es gelang aber den klaren Auseinandersetzungen des in der Versammlung anwesenden Herrn S. Levy, die Mehrheit der Anwesenden zu überzeugen, daß ein solches Vorgehen nur den Monopol-Freunden erwünscht sein könne, indem eine derartige Erklärung wahrscheinlich dahin gedeutet werden würde, daß die Berliner Tabaks-Interessenten, von denen in der Versammlung doch nur ein kleiner Bruchtheil anwesend wäre, sich für die Einführung des Monopols ausgesprochen haben. Die Versammlung sah deshalb von jedem Beschluß ab und wählte nur eine Kommission, welche eine größere Versammlung von Berliner Tabaksinteressenten, die nach Beendigung der Enquete stattfinden wird, vorbereiten soll. Versuche, die Versammlung gegen die Ausfüllung der demnächst hier zur Vertheilung gelangenden Fragebogen einzunehmen, fanden augenscheinlich bei den Anwesenden keine günstige Aufnahme, indem man allgemein der Ansicht ist, daß nur eine möglichst vollständige und wahrheitsgetreue Ausfüllung der Fragebogen die der Tabaks-Industrie drohende Gefahr abwenden kann.

— Nachdem nun die Beschlüsse der Kommission für das Sozialistengesetz endgiltig vorliegen, geht die allgemeine Annahme dahin, daß sich fast alle die Kämpfe, welche in den beiden letzten Wochen im Kommissionszimmer gespielt haben, im Plenum wiederholen werden. Grundlegende Bestimmungen sind nur mit allerschwächsten Majoritäten angenommen, wichtige Abänderungsvorschläge sind mit Stimmengleichheit abgelehnt worden, die eine fehlende Stimme des Herrn v. Stauffenberg hätte vielleicht bald hier, bald da in anderem Sinne den Ausschlag geben können, an manchen Beschlüssen der ersten Lesung ist in zweiter Berathung festgehalten worden, trotz des ausdrücklichen Widerspruchs der Regierungsvertreter, Lasker hat zuletzt das ganze Gesetz so wenig seinen Anschauungen entsprechend gefunden, daß er sich nicht entschließen konnte, dafür zu stimmen; nach alledem kann es nicht Wunder nehmen, wenn im Plenum noch heftige und langwierige Debatten erwartet werden und schon heute der Zweifel laut wird, ob es gelingen könnte, die Session am 15. Oktober zu schließen. Jeder fernere Tag, welchen der Reichstag hier verbringt, rückt natürlich die Eröffnung des preußischen Landtages, welche ursprünglich für das letzte Drittel des Monats beabsichtigt war, entsprechend hinaus, und das ist im Interesse einer rechtzeitigen Abwickelung der Landtagsgeschäfte nicht wenig zu bedauern. Daß im Beginn des nächsten Jahres wieder Reichs- und Landtag kollidiren werden, ist schon jetzt vorauszusehen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt das Ausbleiben des Reichskanzlers aus den letzten Kommissionssitzungen durch die Publizität derselben, welche „eine vertrauliche, für die Verständigung förderliche Aussprache nicht mehr möglich mache."

— Der „B. B.-C." schreibt: Wir haben bereits an anderer Stelle unseres Blattes gemeldet, daß Herr Handelsminister Maybach dem Landtage sofort bei den Vorlagen der ersten Gesetzentwürfe wegen Ankaufs von Privatbahnen ein vollständiges Eisenbahn-Programm vorlegen würde, in dem er sich ausführlich über die in Zukunft zu befolgenden Maximen auszusprechen beabsichtigt, in dem er seine Ideen für die künftige Gestaltung des Staatsbahnwesens erörtern will, ebenso wie die Prinzipien, nach denen er gewillt ist, die Abfindung der Privat-Aktionäre derjenigen Bahnen, deren Betrieb der Staat zu übernehmen beabsichtigt, eintreten zu lassen. Wie wir jetzt vernehmen, wird dies in einem sehr ausführlichen Promemoria geschehen, das wahrscheinlich unmittelbar nach Zusammentritt des Landtags den Mitgliedern beider Häuser zugehen wird.

— Den Anstrengungen des Bischofs von Orleans, um den Peterspfennig wieder reichlicher fließen zu machen, hat sich das Organ des Kardinals Manning „Tablet" angeschlossen. Dasselbe konstatirt die finanzielle Bedrängniß des heiligen Stuhles, an welche auch die katholische Welt noch immer nicht recht glauben wolle. Gegen die bei den „Katholiken im Allgemeinen" verbreitete Annahme, daß Pius IX. seinem Nachfolger „ungeheure, im Geheimen angehäufte Hülfsmittel" hinterlassen und gegen die daraus entstandene Lauheit bei der Sammlung des Peterspfennigs wendet sich das genannte Blatt mit folgenden Ausführungen:

„Wir wissen aus sicherer Quelle, daß Papst Leo XIII. von dem Augenblicke seiner Thronbesteigung an den nichts weniger als verschwenderischen Aufwand des Vatikans beschnitt und stark einschränkte, daß seine eigenen persönlichen Bedürfnisse sehr gering und sparsam bemessen sind und daß er für sich ebenso wenig um Geld sich kümmert, wie sein berühmter Vorgänger. Wir erfahren ferner und ebenfalls aus sicherster Quelle, daß das aus fundirtem Eigenthum fließende jährliche Einkommen gänzlich unzureichend ist, die nothwendigsten gegenwärtigen Ausgaben des Haushalts und der Regierung des heiligen Stuhles zu bestreiten, ja wir wissen sogar, daß es bereits nothwendig geworden ist, von dem angelegten Kapitale zu entnehmen, und daß in kurzer Zeit dieses Kapital selbst gänzlich aufgezehrt sein wird, wenn die Gläubigen, von der Noth des heiligen Stuhles unterrichtet, nicht ihre Pflicht thun, denselben in ehrenvoller Weise zu unterstützen."

Verschwenderisch war Pius IX. bekanntlich für sich nicht; aber die klerikale Emigration, die Papalini u. s. w. zehrten an seinen Mitteln, auch soll derselbe außerordentliche Verluste in der Anlage seiner Kapitalien erlitten haben. Unter Hinweisung auf den von dem „berühmten Vorkämpfer der Kirche", dem Bischof von Orleans erlassenen „Nothruf" und die Anerkennung seines Vorgehens durch Leo XIII. wird gesagt, die Kunstgriffe und Feinde der Kirche und die falschen Berichte hätten „für die letzten 6 oder 8 Monate die Ströme katholischer Großmuth trocken gelegt, welche 8 Jahre lang in einem starken Strome und vielen kleinen Bächen zum Felsen Petri hinflossen."

„Hieran schließt der „Tablet" folgenden Appell an die katholische Christenheit:

„Der Peterspfennig ist „die letzte Rettung" des gegenwärtigen Zustandes der Unabhängigkeit des Pontifex, so wie er in dem Vatikan eingeschlossen ist. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Kirche in allen Ländern das Gewissen der Katholiken anregen wird, schleunigst ihre heiligen Pflichten gegen den heiligen Stuhl zu erfüllen. Wir glauben, daß eine Peterspfennig-Organisation in jeder Diözese besteht und überall Mittel zur Hand sein werden, den Peterspfennig nach Rom zu befördern. Aber um desto wirksamer zu helfen, die Pflicht gegen den heiligen Stuhl in diesem Augenblicke unsern zahlreichen Lesern vor die Augen zu führen, fordern wir dieselben auf, ihren Peterspfennig jede Woche an uns zu senden, und wir werden jede Woche in diesen Blättern den Empfang der Gaben quittiren. Sobald eine Summe 100 Lstr. erreicht hat, werden wir dieselbe dem Kardinalstaatssekretär im Vatikan übersenden."

Die „Schles. Volks-Ztg." druckt den Aufruf des „Tablet" an der Spitze ihrer gestrigen Ausgabe ab und giebt unter der Versicherung, daß sie bisher so gehandelt und es auch weiter thun wird, ihrerseits der Hoffnung Ausdruck, „recht oft in den Stand gesetzt zu sein, 100 Lstr. in den Vatikan senden zu können.

Damit ist denn auch für Deutschland eine neue Aera der Sammlungen eröffnet. Ob die Erträge derselben wieder auf die unter Pius IX. erreichte Höhe zu bringen sind, muß abgewartet werden. Einstweilen scheinen uns die Umstände für einen solchen Erfolg nicht gerade besonders günstig zu liegen. Das gewaltsame und übersprudelnde Genie des neunten Pius mit dem Reichthum seiner Geschicke griff die Bevölkerung sicher mehr an das Herz, als die gehaltene und reservirte Persönlichkeit seines Nachfolgers.

Die Sammlungen sollen dem jetzigen Inhaber des Stuhles Petri die Mittel gewähren, sich einer Verständigung mit Italien zu entziehen; denn bekanntlich verweigert der Papst die Annahme der für ihn im italienischen Garantiegesetz bestimmten jährlichen Zahlung von 3,250,000 Franken.

— Den unausgesetzten Bemühungen der kgl. Direktion der Ostbahn ist es, wie die „Post" meldet, endlich gelungen, die Zulassung der Privatspedition bei der Zollverwaltung in Wirballen-Eydtkuhnen bei der Verwaltung der Großen russischen Eisenbahn durchzusetzen. Hiermit wird einem lebhaften und wiederholt in der Presse, wie auch im Landtage zur Sprache gebrachten Wunsche des betheiligten Handelsstandes, namentlich der ostpreußischen Kaufmannschaft, Rechnung getragen. Die bezüglichen Bestimmungen sind am 1. Oktober d. J. in Geltung getreten.

Ausland.

Paris, 2. Oktober. Die letzten Wendungen der Dinge in Frankreich sind überaus beachtenswerth und folgenreich. Sie deuten auf eine demnächst beginnende, in Form und Tendenz sehr eigenthümliche, antiklerikale Bewegung der Regierung und der leitenden Kreise. Gambetta's große Reden in dem mittäglichen Frankreich haben wohl den Anstoß dazu gegeben; oder vielmehr erschienen diese Reden als der Trompeterstoß, der den Beginn der Aktion ankündigt; diese Aktion selbst aber scheint doch im Schooß der Regierung und der republikanischen Partei längst vorbereitet gewesen zu sein. Es ist dies ein „Kulturkampf" im eigentlichen Sinne des Worts, nicht aber, wie er sich in Deutschland entwickelt, sondern ein ganz besonderer und Frankreich so recht eigener.

Um diese Ereignisse, die jetzigen wie die kommenden, richtig zu verstehen, muß man sich die Lage des Klerus in Frankreich der Regierung gegenüber, und diese letztere wieder dem Klerus gegenüber, vergegenwärtigen; sonst würde es den Fernerstehenden wohl schwierig, die Tragweite dieser Bewegung vollständig zu begreifen. Es ist nämlich, seit dem ersten Kaiserreiche und dem Konkordat und den sogenannten organischen Gesetzen, dahin gekommen in Frankreich, daß die aufeinander folgenden Regierungen dem katholischen Klerus stillschweigend erlaubten, die Schranken, welche die Gesetze ihm gezogen hatten, zu überschreiten. Eine Menge von gesetzlichen Bestimmungen wurden nicht mehr inne gehalten; so zum Beispiel der Gesetzesparagraph, der der katholischen Kirche die äußeren Prozessionen nur in denjenigen Städten zu halten erlaubt, in welchen die Andersgläubigen keine Kirche besitzen; sodann wieder verschiedene Artikel, die auf die kirchlichen Gesellschaften Bezug haben; so endlich noch, was zwar als etwas Kleines erscheinen mag, nichtsdestoweniger aber von weittragender Bedeutung ist, das Gesetz, das vorschreibt, daß den Bischöfen nicht der Titel: Monseigneur, sondern das einfache Monsieur l'évêque zu geben ist. Seit einer langen Reihe von Jahren werden diese und andere Gesetzesparagraphen nicht mehr beobachtet, und erinnert man sich noch, welches Staunen sich des französischen Klerus bemächtigte, als, vor kurzer Frist, der legitimistische Prätendent, Heinrich V., einen Bischof in einem offenen Brief mit dem einfachen Monsieur anredete.

Gegen diese laxe Handhabung des Gesetzes haben die liberalen Parteien in Frankreich schon längst protestirt; unter dem Kaiserreiche Napoleons III. wurden etliche Male Anläufe gemacht, um die Regierung, wenn sie in liberalere Bahnen einzulenken Miene machte, dahin zu bringen, dem Gesetze wieder Geltung zu verschaffen; diese Anläufe scheiterten aber jedesmal, da, wie bekannt, das napoleonische Regime sich zuvörderst auf den Klerus stützte. Heute nun aber nimmt die Republik den Augenblick wahr, um, wie es allen Anschein hat, dem Klerus zu bedeuten, daß fortan auch für ihn das Gesetz allein gelten wird. Die Ereignisse in Marseille, bei der Einsetzung des neuen Bischofs, zeigen wenigstens, daß es der Regierung ernst ist, und daß die Reden Gambetta's nicht in den Wind gesprochen waren. Es sollen also von jetzt an das Konkordat und die organischen Gesetze wieder vollständig in Kraft treten und somit stehen wir in Frankreich einem großartigen inneren Konflikte gegenüber, denn, wenn der Klerus auch das Konkordat als gültig anerkennt, so spricht er den organischen Gesetzen, die auf das Konkordat folgten, diese Gültigkeit ab; er hat immer erklärt, alle Maßregeln, welche der Staat, wenn auch auf Grund des Konkordats einseitig geordnet, seien solche, denen die Kirche nicht zu gehorchen hat; der Staat könne eigentlich in kirchlichen Dingen keine Gesetze machen, er müsse mit Rom in Verhandlung treten und, wie mit einem fremden Staate, Verträge schließen; was nicht Vertrag sei, habe keine Geltung. Dies die Meinung, welche die Prälaten, der höhere Klerus, die kirchlichen Gesellschaften und die katholischen Zeitungen von jeher vertraten, die aber bei dem unteren Klerus und in den nicht fanatisirten Kreisen wenig Anklang fand. Diese letztere Bemerkung wird auch als Erklärung jener Stelle der Reden Gambetta's dienen, in welcher Gambetta, der junge republikanische Prätendent, auf den Zwiespalt hindeutet, der zwischen dem unteren Klerus und den ultramontanen Leitern besteht; nun muß die Feinheit dieser Kirchenpolitik hervorgehoben werden, welche von vorn herein erklärt, sie werde nicht im Mindesten der Kirche oder dem Gesammtklerus den Krieg erklären, sie trachte im Gegentheil danach, dem unteren Klerus, der Kurie und Vikarie den Schutz der Gesetze gegen die Ausschreitungen der ultramontanen Kamarilla, des nicht regulären Klerus, der Gesellschaften, Ordensbrüder rc. angedeihen lassen. Es ist dies ein Moment, das überaus wichtig erscheint.

Paris, 2. Oktober. „Die Regierung des Herrn Thiers" ist der Titel des zwei starke Bände umfassenden Buches, welches Herr Jules Simon gestern bei dem Verleger Calman Levy veröffentlicht hat. Dasselbe bildet eine spannende Lektüre und enthält viel Interessantes, obgleich wenig Neues, ist

natürlich eine Verherrlichung des ehemaligen Präsidenten der Republik, aber ebenso natürlich auch eine Verherrlichung des ehemaligen Unterrichtsministers des Herrn Thiers und sodann Konseilpräsidenten unter dem Marschall Mac Mahon, Herrn Jules Simon. Eines der längsten Kapitel widmet Herr Simon der „Befreiung des Gebietes" und feiert dabei gewiß mit Recht die Verdienste des Herrn Thiers um das Zustandekommen der Konventionen, welche die Räumung der von den deutschen Truppen okkupirten Provinzen vor der in dem Friedensvertrage festgesetzten Zeit zur Folge hatten. Leider wird dies Buch arg entstellt durch die Art und Weise, wie sich der Verfasser über die deutschen Armeen ausspricht, er läßt in dieser Beziehung durchaus die Objektivität und die Unparteilichkeit vermissen, welche man von einem Staatsmanne wie Herrn Jules Simon zu erwarten berechtigt ist. Es ist allbekannt und eine allseitig anerkannte Thatsache, daß die deutschen Truppen während der ganzen Dauer der Okkupation eine wahrhaft musterhafte Haltung bewahrt haben, und es konnte in dieser Beziehung sogar behauptet werden, daß in den französischen Garnisonen in Friedenszeiten häufiger Konflikte zwischen den Soldaten und den Einwohnern vorkamen, als zwischen den deutschen Soldaten und den Einwohnern der okkupirten Provinzen vorgekommen sind. Es war das eine erstaunliche Thatsache, welche eben so sehr dem patriotischen Verhalten der Einwohner zur Ehre gereichte als sie Zeugniß von der strengen Disziplin ablegte, welche Feldmarschall v. Manteuffel bis zur letzten Stunde in der Okkupationsarmee aufrecht erhalten hat. Anstatt nun diese bisher niemals bestrittene Thatsache anzuerkennen, erzählt Herr Simon mit ersichtlichem Behagen nicht allein die wenigen während der Okkupationszeit vorgekommenen Konflikte, wobei natürlich die Franzosen stets als die unschuldigen Opfer der deutschen Brutalität erscheinen, sondern er greift auch auf die Kriegszeit zurück, obgleich das gar nicht in den Rahmen seines Buches gehört, und theilt eine Unzahl von mehr oder minder verbürgten Episoden mit, die besonders dazu geeignet sind, dem in so bedauerlicher Weise noch immer in Frankreich herrschenden Deutschenhasse neue Nahrung zu geben. Diese deutschen Räubereien und Mordthaten sind seit dem Kriege in unzähligen „Geschichtswerken" erzählt worden, aber es geschah das wenigstens in Schilderungen des Krieges, während Herr Jules Simon die Geschichte der Regierung des Herrn Thiers (8. Februar 1871 bis 24. Mai 1873) schreiben wollte, also gar nicht nöthig hatte, diese Uebertreibungen und Verleumdungen auf's Neue aufzutischen und dadurch einen Theil seines Buches zu einem Pamphlet zu machen. Unter diesem Vorbehalte kann ich nur wiederholen, daß dieses neueste Werk des berühmten Schriftstellers äußerst interessant ist und auch hinsichtlich des Stiles seinen früheren Werken nicht nachsteht.

Provinzielles.

Stettin, 6. Oktober. Der „General-Anzeiger" erlaubt sich, die bei der diesmaligen Reichstagswahl zu Tage getretenen Bestrebungen der Bürgerpartei auf allmälige Herabminderung der jetzt bestehenden direkten Klassen- und Einkommensteuer und auf die wünschenswerthe Freilassung der untersten Stufen der Klassensteuer bis zu einem Einkommen von 1200 Mark von jeder direkten Besteuerung einen „Schwindel" (sic!) zu nennen! Und zwar angeblich deshalb, weil die ganze Frage wegen der Klassen- und Einkommensteuer nicht Sache des Reichstages, sondern des Landtages sei. Sehr richtig! Aber die Gelehrten des „General-Anzeigers" scheinen doch von dem Bilde unserer jetzigen Finanzwirthschaft nicht sonderlich viel zu wissen. Wie bekannt, führt Preußen jetzt jährlich circa 40 Millionen Mark Matrikularbeiträge an das deutsche Reich baar ab. Diese Matrikularbeiträge sind es eben, zu deren Aufbringung die Einkünfte aus den jetzigen direkten Steuern, namentlich der Klassensteuer, hauptsächlich mit verwendet werden müssen. Gelingt es nun, das Reich finanziell selbstständig zu machen, also die für dasselbe nöthigen Ausgaben durch eine indirekte Steuer, wie etwa auf Tabak oder einen ähnlichen Artikel, aufzubringen, so hat selbstverständlich dann auch Preußen nicht mehr nöthig, die jetzigen 40 Millionen Mark Matrikularbeiträge an das Reich noch weiter zu zahlen, sondern kann dieselben theilweise zu anderen Ausgaben, theilweise aber auch zur Herabminderung der jetzt bestehenden direkten Klassensteuer, ja zur vollständigen Freilassung aller Einkommen unter 1200 Mark von jeder direkten Steuer verwenden. Das erste, was daher zu einer solchen allgemein gewünschten Steuerreform, zu einer Umwandlung der jetzt bestehenden lästigen direkten Klassensteuer in eine weniger drückende, indirekte Verbrauchssteuer nöthig ist, ist daher die Bewilligung des Reichstages, eine solche indirekte Steuer, sei es auf Tabak, sei es auf einen anderen Artikel zu legen. Ohne diese vorhergehende Bewilligung des Reichstages — der über die indirekten Steuern allein zu befinden hat — ist eine Aenderung unseres jetzigen Steuersystems nicht möglich. Die Frage, ob drückende direkte Klassensteuer oder leichter zu tragende indirekte Verbrauchssteuer vorzuziehen, ist daher eine bei der Reichstagswahl nur zu sehr in's Gewicht fallende und wird daran durch einige Sophismen des „General-Anzeigers", die derselbe aus den Worten des Herrn Dr. Wolff auf Bellevue gelernt zu haben scheint, nichts geändert. Der Gedanke, daß der Landtag, wenn es sich um eine Steuererleichterung handelt, dem Reichstage nicht folgen würde, kommt nicht in Betracht, da wohl kein einziger Abgeordneter, der sich einer Steuererleichterung widersetzte, jemals wiedergewählt werden würde. Und wie wenig es sich bei dieser Steuerreform, bei der Herabminderung der Klassensteuer und bei der Freilassung der untersten Stufen derselben um einen „Schwindel" handelt, zeigt wohl am besten, daß die Regierung selbst sich diese finanzielle Aufgabe gestellt hat und daß unser Finanzminister Hobrecht die Sache doch wohl etwas besser versteht, als — die Gelehrten des „General-Anzeigers." Natürlich wird die Ausführung eines so umfassenden Programms, einer so umfassenden Steuerreform nicht von heute bis morgen auszuführen sein, aber die Bürgerpartei wird nicht unterlassen, auch fernerhin für dieselbe zu wirken und einzutreten.

— Die vierte und letzte Schwurgerichtsperiode erreicht Dienstag, den 8. d. M., ihr Ende; es sind nachträglich noch folgende Verhandlungen angesetzt: Montag gegen den Schmiedegesellen Friedrich Wilh. Thetner wegen versuchten Mordes und Dienstag gegen den Arbeiter Carl Lehnert wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge.

— Eine Anklage wegen Betrugs und einfachen Diebstahls gegen den bereits 11 Mal vorbestraften Arbeiter Carl Friedr. Ferd. Wietzel eröffnete die heutige Sitzung des Schwurgerichts. Wietzel war Anfang Mai d. J. als Kranker im hiesigen städtischen Krankenhause; dort machte er die Bekanntschaft der Böttcher Schneider und Stepikanski. Wietzel und Schneider wurden als geheilt entlassen, während Stepikanski noch im Krankenhause zurück blieb. Am 14. Mai traf Wietzel den Schneider am Bollwerk und bat ihn, mit zu seinem Albrechtstraße 8 wohnenden Vormund zu gehen. Schneider willigte ein und Beide begaben sich nach dem bezeichneten Hause, in welches Wietzel allein eintrat. Bald kehrte er ohne Kopfbedeckung zurück und erzählte dem Schneider, sein Vormund habe ihn nach der Uhr gefragt, da er dieselbe aber versetzt habe, bitte er den Schneider, ihm die seinige auf kurze Zeit zu leihen, damit er sie seinem Vormund zeigen könne. Auch dies that Schneider und bald kam Wietzel ohne Uhr zurück und erklärte, er habe dieselbe bei seinem Vormund auf den Tisch gelegt und könne sie doch nicht sofort wieder zurücknehmen, er werde sie aber Abends zurückholen und wieder an Schneider abliefern. Der Abend kam wohl, aber nicht Wietzel mit der Uhr und bald erfuhr Schneider, daß er von Wietzel betrogen sei, da überhaupt kein Vormund desselben in der Albrechtstraße wohne. — Im Krankenhause hatte Wietzel erfahren, daß Stepikowski am Rosengarten wohne, er begab sich am 15 Mai dorthin und stellte sich der allein anwesenden Schwiegermutter des St., der verwittweten Kerske, als Krankenwärter vor, der im Auftrage des St. käme, um etwas Geld zu holen. Frau Kerske gab ihm jedoch nicht das Verlangte und Wietzel entfernte sich wieder, aber bald bemerkte Frau K., daß mit demselben ein Portemonnaie mit 4,20 Mark verschwunden war. Wietzel ist sowohl dieses Diebstahls als auch des an Schneider verübten Betruges geständig und wird ohne Zuziehung der Geschworenen zu 2 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust auf 3 Jahre, einer Geldstrafe von 300 Mk. event. 2 Monaten Zuchthaus und 150 Mark event. 6 Wochen Gefängniß und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurtheilt.

— Morgen wird in sämmtlichen evangelischen Kirchen die Kollekte zur Abhülfe dringender Nothstände der evangelischen Landeskirche abgehalten. Die Hauskollekte für denselben Zwecke wird in den evangelischen Haushaltungen in den Wochen nach diesem Sonntag eingesammelt werden.

— Nach § 156 des Strafgesetzbuchs wird derjenige, welcher vor einer zur Abnahme einer „Versicherung an Eidesstatt" zuständigen Behörde eine solche Versicherung wissentlich falsch abgiebt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung wissentlich falsch aussagt, mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft. Unter diese Bestimmung fallen nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 12. September d. Js. auch die von Zeugen an Eidesstatt ausgestellten unwahren Atteste, welche beispielsweise zu dem Zwecke ausgestellt werden, damit die bei Auspfändungen sich meldenden Intervenienten ihr behauptetes Eigenthum an den zu pfändenden Sachen dem Exekutor gegenüber nachweisen.

— Das gegen den Fürsten zu Putbus schwebende Konkursverfahren wird, wie verlautet, auf Grund eines von der Norddeutschen Bank in Hamburg herbeigeführten Arrangements demnächst beendet werden. Die genannte Bank macht das Geschäft derart, daß die Einkünfte des Fürst Putbus'schen Fideikommisses auf elf Jahre ihr verpfändet werden und zwar unter Einwilligung der Agnaten für den Fall eines vorherigen Ablebens des Fürsten. Die Norddeutsche Bank erbietet sich, den Gläubigern gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen, die Beträge von circa 40 Prozent acht Tage nach Aufhebung des Konkurses zu zahlen. Die Frist zur eventuellen Aufhebung des Konkurses ist bis 1. November gestellt, bis wohin alle Gläubiger einwilligen müssen, wenn anders das Arrangement zu Stande kommen soll.

Greifswald, 3. Oktober. Am Vormittage des ersten dieses Monats wurden die Bewohner des Dorfes Hanshagen durch die Feuerglocke allarmirt; es brannte in dem Wassermühlen-Etablissement daselbst, und zwar im 2. und 3. Stockwerk oberhalb der in der Mühle etablirten Bäckerei in einer durch einen Bretterverschlag gebildeten Speckkammer am Räucherboden. Dem Vernehmen nach ist der Brandschaden durch eine Mangelhaftigkeit oder Vorschriftswidrigkeit der Feuerungsanlage entstanden.

Greifswald, 3. Oktober. Durch vorgestrigen Beschluß des königlichen Appellationsgerichts hierselbst ist der Lehrer Ehrenfried Th. zu Gützkow-Wieck wegen des an seiner Ehefrau im Frühjahr d. Js. angeblich verübten Giftmordes — worüber wir seiner Zeit wiederholt berichtet haben — definitiv in den Anklagestand versetzt worden. — Hier eingetroffener Nachricht zufolge hat am Montag der Blitz in das Mühlengehöft zu Wolkwitz, Demminer Kreis, eingeschlagen und gezündet. Das Gehöft ist zum größten Teil niedergebrannt.

Vermischtes.

— (Wie man zu einer Ordensauszeichnung gelangt.) Unweit des im russischen Gouvernement Twer gelegenen Städtchens Storitza wohnt auf seinem Landgut ein sehr reicher Kaufmann, dessen Sinnen und Trachten seit längerer Zeit darauf gerichtet war, irgend eine Dekoration sich zu verdienen. Er schenkte der Kirche eine Glocke, war Mitglied verschiedener philanthropischer Gesellschaften, denen er nicht unbedeutende Summen spendete — Alles in der Hoffnung, eine Dekoration zu erhalten. Aber vergebens, sein Knopfloch blieb nach wie vor leer. Herr X. war in Folge dieser getäuschten Erwartungen fast tiefsinnig; da sollte ihm jedoch Hilfe werden. Er traf eines Tages einen Beamten vom Konsistorium, dem er seine Noth klagte. Dieser versprach ihm, gegen eine entsprechende Vergütung seiner Noth abzuhelfen und forderte ihn auf, in ein Gasthaus zu kommen, um dort die näheren Umstände zu verabreden. — Am anderen Tage sah die Stadt zu ihrem Erstaunen den Kaufmann X. in Gesellschaft des Beamten, mit Angelgeräthschaften versehen, auf einem Boote auf dem Strom dem Vergnügen des Fischfangens nachgehen, für welches er nie früher Neigung gezeigt hatte. Während die Leute nach kleinstädtischer Art sich über diesen Vorfall noch aufhielten, gerieth das Boot plötzlich in's Schwanken und der Beamte stürzte, laut um Hilfe rufend, ins Wasser. Der Kaufmann stürzte sich ihm nach und brachte den Verunglückten, denselben an den Haaren haltend, glücklich ans Ufer. Dort fiel der Gerettete vor seinem Retter nieder und dankte demselben mit bewegter Stimme für die selbstaufopfernde Hilfe. Beide begaben sich darauf in das Polizeibureau, wo über die Rettungsthat ein Protokoll aufgenommen wurde, um höheren Ortes vorgestellt zu werden. Auf diese Weise ist der längst gehegte Wunsch des Kaufmanns nach einer Dekoration erfüllt, denn in kurzer Zeit wird eine Rettungsmedaille seine Brust schmücken.

— (Ein Oesterreicher als buddhistischer Priester.) Aus Bangkok, der Hauptstadt des Königreichs Siam, wird einer in Hongkong erscheinenden Zeitung geschrieben:

Das große Ereigniß des Jahres in Siam ist die Bekehrung eines europäischen Christen zum Buddhismus und seine formelle Installation in den Priesterstand. Er ist ein Oesterreicher von Geburt und war römischer Katholik. Er ist ein sehr gelehrter, in den Wissenschaften, in der Litteratur und Kunst bewanderter Mann, ein sehr geschickter Zeichner, eminenter Sprachkundiger. Seine Gedächtnißkraft ist so erstaunlich, daß er die siamesische Sprache in wenigen Monaten erlernt hat, obwohl sie bekanntlich die schwierigste Sprache des Ostens ist, die chinesische nicht ausgenommen. Der Zweck seiner Bekehrung ist, wie er seinen Freunden gesagt hat, sich eine gründlichere Kenntniß der Bali-Sprache zu erwerben, welche man nur in dem höheren Grade der Priesterschaft erlangen kann. Daß irgend ein Motiv dieser Natur und nicht eine fromme Ueberzeugung von der Gottheit Buddha's Einfluß auf seinen Entschluß gehabt hat, wurde von den vornehmsten Mitgliedern der siamesischen Hierarchie so fest vermuthet, daß er lange Zeit in keinem Tempel zugelassen wurde, bis der König Mitleid mit ihm hatte und ihm erlaubte, sein Noviziat in des Königs eigenem Tempelpalast durchzumachen. Am 8. Juli fand seine Installation statt, und zwar mit größeren Ceremonien, als es gewöhnlich der Fall ist. Die Prozession war eine überaus prächtige, und die Musikbande beider Könige erfüllte Tag und Nacht die Straßen mit ihren Harmonien. Ganz Siam strömte herbei, um der Ceremonie beizuwohnen, allerdings nur die Eingeborenen; die Fremden hielten sich fern, voll Unmuth darüber, daß ein Christ seinen Glauben freiwillig verleugnet hatte.

— In dem Seebade Zoppot bei Danzig ist dieser Tage auf gekochten Kartoffeln und auf Fleisch die Pigmentfäule oder das sogenannte Wunderblut beobachtet worden. Es wird diese Erscheinung, die in früheren Zeiten zur Sage vom blutenden Brod 2c. Veranlassung gegeben und leider auch zu Hexenverfolgungen und Hexenprozessen geführt hat, durch unzählige Schwärme winzigster Organismen hervorgerufen, die in die Familie von Vibrionen gehören. Wie die kleinsten Karminkörnchen in dichten Beisammenlagern, ebenso geben jene punktförmigen Monaden (Monas prodigiosa ist der Name des erwähnten Organismus) Flecke, welche von Blut oder rother Tinte herzurühren scheinen. Wer hätte nicht in der Neuzeit Kunde davon erhalten, daß manche jener kleinsten Lebensformen, wir erinnern an die Milzbrandbakterien, zu den gefährlichsten Feinden der höheren Geschöpfe zählen? Sie spielen diese bedeutende Rolle, indem sie durch ihren Lebensprozeß die von ihnen bewohnten Stoffe zersetzen. In gleicher, wenn auch ungefährlicher Weise bewirkt die von uns besprochene Monas eine Zersetzung der stickstoffhaltigen Substanzen der Speisen, womit die Bildung des rothen und bei einem ähnlichen Prozeß die eines blauen Farbestoffs verbunden ist. Der letztgenannte läßt sich durch nichts von dem Anilinblau unterscheiden, während der erstere sehr nahe mit dem Rosaanilin verwandt ist. Vielleicht beschäftigt in der Folge einmal ein jovialer Kopf jene unzähligen Monaden als ebenso viele Fabrikarbeiter einer dann gewiß nicht kostspieligen Anilinfabrik.

— (Ein Hecht hoch in den Lüften erschossen.) Pan Dobrodriej Wilczura ist sicher ein Jäger sondergleichen, denn er hat, wie verbürgt polnische Blätter melden, einen Hecht hoch in den Lüften erschossen. Der Sachverhalt war folgender: Pan Dobrodriej Wilczura ging eines Morgens auf die Jagd und als er mit dem Gewehre durch die Fluren wanderte, erblickte er ober seinem Kopfe einen kreuzenden Adler, welcher im Schnabel einen größeren Gegenstand hielt. Der Waidmann schoß und traf den Gegenstand. Der Adler flog zwar weiter, ließ aber seine Beute zur Erde fallen und siehe da, zu Füßen des Jägers lag ein angeschossener — Hecht!

Literarisches.

Das reichhaltigste und billigste Familien-Journal! — So dürfen wir mit vollem Recht die **„Illustrirte Welt"** (Stuttgart, Verlag von Eduard Hallberger) nennen, von welcher uns soeben das erste Heft des neuen, siebenundzwanzigsten Jahrgangs zugegangen ist.

Dasselbe bringt einen Reichthum an gediegener Unterhaltung und Belehrung durch den Text, eine Fülle von fesselnden, interessanten Bildern, daß man wohl sagen darf, dies Familienjournal gehört nicht nur zu den sorgfältigst geleiteten volksthümlichen Zeitschriften unserer Tage, sondern ist auch die inhaltreichste und billigste. Der neue Jahrgang beginnt mit einem aus der Tiefe des Lebens geschöpften Roman „Lebenswirren" von F. L. Reimar. Diesem folgt ein Artikel, der uns über die Entstehung der gebräuchlichsten deutschen Wörter und Redensarten unterrichtet. Ein schönes Gedicht wendet sich an die poetischen Gemüther.

Nach diesem lesen wir eine geistreiche Kriminalgeschichte: „Die schöne Handschrift". Dann erhalten wir den Anfang eines liebenswürdig und fesselnd geschriebenen, hochinteressanten Romans: „Auf einsamem Felsenriff" von Weißenthurn, der in Amerika spielt. Ein heiteres Gedicht unterbricht die Prosa und nach diesem folgt ein außerordentlich interessanter Artikel: „Cirkusgeheimnisse" von O. Corvin. Eine humoristische Novelle: „Mein Freund Kunkel", und eine Skizze aus der Blumenwelt schließt diesen Theil des Heftes, dem sich nun eine Fülle von gemeinnützigen Rezepten aus allen Gebieten und Unterhaltendes, wie Schach, Räthsel, Rösselsprung 2c., anschließt. Mit dieser textlichen Ausstattung halten die vorzüglichen Bilder Schritt. Künstlerisch ausgeführte Holzschnitte, Genrebilder, Reisen in ferne Länder, Weltausstellungs-Illustrationen, Historisches, humoristische Skizzen in reicher Abwechslung bietet uns dies erste Heft.

Wir empfehlen den neuen Jahrgang der „Illustrirten Welt" allen unseren Lesern als vortreffliche Haus- und Familienlektüre auf's Wärmste.

Viehmarkt.

Berlin, 4. Oktober. Es standen zum Verkauf: 244 Rinder, 450 Schweine, 525 Kälber, 299 Hammel.

Rinder, nur durch 2. und 3. Qualität vertreten, wurden nicht ganz geräumt und erzielten knapp die Preise des verflossenen Montages von je 45—48 resp. 38—41 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Dagegen wurden Schweine ziemlich glatt und zu etwas gehobenen Preisen vom Markt genommen. — Mecklenburger fehlten; beste Pommern 49—50, Sekunda-Pommern 46—47, Russen 44—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Auch bei Kälbern erwirkte der geringe Auftrieb einen Preisaufschwung; es wurden je nach Qualität 50—60 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht angelegt.

Für Hammel läßt sich kein maßgebender Preis feststellen, da der Begehr äußerst gering war und der Auftrieb aus sehr verschiedenen Qualitäten bestand.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 4. Oktober. Der „Staatsanzeiger für Würtemberg" enthält eine Berliner Korrespondenz, worin es heißt, daß die Aeußerungen des Ministers Grafen Eulenburg innerhalb der Sozialisten-Kommission von der Presse allzu optimistisch aufgefaßt worden seien, vielleicht wegen der verbindlichen und schwebenden Form, in welcher der Minister die Erklärungen abgegeben habe. Die vorhandenen Differenzen dürften nicht unterschätzt werden. Immerhin könne aber die Hoffnung auf ein Zustandekommen des Gesetzes festgehalten werden, obgleich das geringe Entgegenkommen der Kommission bei der zweiten Lesung befremdlich sei. Der Schwerpunkt falle nicht mehr in die Kommission, wie man anfangs erwartet habe. Der entscheidende Moment werde voraussichtlich zwischen der zweiten und dritten Lesung im Plenum eintreten.

Pest, 4. Oktober. Der Kaiser ist heute in Gödöllö eingetroffen. Ministerpräsident Tißa überreichte heute Mittag das Demissionsgesuch des gesammten Kabinets, eine Entscheidung darüber dürfte kaum vor dem Eintreffen des Grafen Andrassy erfolgen. Der Ministerpräsident Tißa wird dem Kaiser diejenigen Personen namhaft machen, die bezüglich der gegenwärtigen Lage zu Rathe zu ziehen sein möchten.

Kopenhagen, 4. Oktober. Nach einem vom hiesigen „Morgen-Telegraphen" veröffentlichten Privat-Telegramm ist auf der (Dänemark gehörigen) Insel St. Croix ein Aufstand der Neger-Arbeiter ausgebrochen; die Hälfte der Stadt Frederiksted ist niedergebrannt.

London, 4. Oktober. In Berwick ist ein Strike der Kohlenarbeiter ausgebrochen, weil die Löhne um 15 pCt. herabgesetzt werden sollten.

Petersburg, 1. Oktober. Mittelst ministeriellen Erlasses ist die Flotte auf dem Schwarzen Meere auf den Friedensfuß gesetzt worden. Die Torpedos, welche an den Küsten versenkt worden, werden wieder aufgeholt, die Torpedobrigaden selbst aufgelöst. Die meisten Schiffe gehen wieder nach Nicolajeff.